



Dokumente

*Thesen
Erklärungen
Stellungnahmen
Analysen*

aus:

Plenartagungen des Zentralkomitees
Dezember 2025



Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD

WARUM DIE KRIEGSWIRTSCHAFT DEN DEUTSCHEN IMPERIALISMUS NICHT RETTEN KANN

Nein, es wird ihn nicht geben, den „New Deal“, mit dem der US-Imperialismus unter Roosevelt die Auswirkungen der ökonomischen Krise zu bekämpfen versuchte. Auch wenn die Bourgeoisie und die IG Metall-Oberen es tausendmal den Arbeitern glauben machen wollen, dass die Rettung der Industrie in der Rüstung und damit im Krieg liegt, wird das hier nicht funktionieren. Der US-Imperialismus hat unter Roosevelt innerhalb kürzester Zeit eine ungeheure Kriegsindustrie aufgebaut, Kampfflugzeuge wurden innerhalb weniger Monate in neu gebauten Fabriken auf dem Land wie Autos bzw. Militär-Fahrzeuge und Kriegsschiffe am Band produziert, über 1000 neue Fabriken hochgezogen in wenigen Monaten, überwiegend für Kriegsmaterial. Gesetze wurden erlassen, die die Bourgeoisie zu Höchststeuern zwangen, wie es davor und danach niemals mehr solche Bourgeoisie-Steuern in derart für sie schwindelnder Höhe gegeben hat, um dies zu ermöglichen. Zugleich wurde ihr Einfluss auf die Regierung und ihre Kriegsgeschäfte massiv verkleinert und die Monopol-Bourgeoisie damit eingeschränkt, auf die Regierungs-Maßnahmen Einfluss zu nehmen. Imperialistische Kriegswirtschaft eben, wie wir sie in Andeutungen in der Vergesellschaftung von Lenin schon nachlesen können. So wurde der US-Imperialismus im imperialistischen Lager schließlich zum größten Kriegsgewinnler des zweiten Weltkrieges in der Anti-Hitler-Koalition und zur Weltmacht, die die halbe Welt unter seine Kontrolle brachte.

Warum ist der Deutsche Imperialismus dazu niemals in der Lage? Ganz einfach: Er zwingt die Bourgeoisie nicht zu höheren Steuern, im Gegenteil, er erlässt ihr die Steuern, übergibt ihr die Staatskasse als ihre Kriegskasse und brummt dem Volk zusätzlich Schulden auf und plündert ihm die Sozialkassen als Kriegskassen, sowie den Staatshaushalt in Billionenhöhe, wie sie auf Generationen hinaus nicht zurückbezahlt werden können als Kriegsverlierer oder als Junior-Partner der USA. Diese Bourgeoisie wird mit dieser Verschuldung den Krieg zwar anzetteln, wie schon längst begonnen, aber niemals wirklich führen können oder gar als Kriegsgewinnler daraus hervorgehen, angesichts dieser Billionen-Verschuldung.

Es droht ihr eben zum dritten Mal ein Ergebnis des ersten und des zweiten Weltkrieges. Und dies auf einer industriellen Basis, die erst mal eine umfassende Erneuerung der Produktionsmittel in der Kriegswirtschaft als Nachholbedarf benötigt und darin wesentlich auf den Import der kriegstüchtigen Produktion in einzelnen Teilen angewiesen ist

und sie vom Kriegsgegner kaufen muss. Und wie weit die Entindustrialisierung und damit das Millionenheer erwerbsloser Arbeiter und auch der werktätigen Intelligenz der deutsche Imperialismus sich auch darin wieder als zu spät gekommen zeigt, wird sich zeigen im Verhältnis der erwerbslosen Arbeiter zum staatlichen Arbeitsdienst, die mit der Brotsuppe abgefertigt werden und in einer ersten Stufe der Mobilmachung sich befinden werden. Sicherlich, es wird eine vorübergehende Beschäftigung in Zeiten der Massenentlassungen geben, wenn der Arbeiter den Tod seinesgleichen und an sich selbst nicht fürchtet und wenn er sich der Bourgeoisie und ihrer Ausbeutung nicht erwehrt durch den geführten Streik gegen den Staat und seine Regierung, wie er längst z.B. bei Daimler, Bosch, Rheinmetall, etc. zu beginnen hat. Die Frauen des Proletariats und der werktätigen Schichten von heute werden die Zeiten der Nazis erleben und mit staatlichem Zwang in die Rüstungsbetriebe geholt, bzw. in die Betriebe, die statt Zivilproduktion noch zu Rüstungsbetrieben werden, um ihren Kindern die Nahrung zum Überleben zu geben, sofern die Kriegstüchtigkeit nicht auch schon die Rekrutierung für die deutsche Wehrmacht aus den Reihen der Frauen für die Kriegsarbeit erfordert, während die Arbeiter ab 18 Jahren zum Schlachtvieh gemacht werden. Aber es wird keinen ökonomischen Aufschwung geben, da die Produktion reinweg nur für den Krieg ausgerichtet wird und nicht, wie seinerzeit in den USA, auch für zivilen Nutzen, bzw. in dieser Kriegsindustrie, die die gesamte industrielle Produktion der USA erfasste, der Arbeiter zu Lohn und aus der Erwerbslosigkeit kam, damit überhaupt wieder auch Käufer von Zivilwaren werden und die Plätze unter der Brücke verlassen konnte. Als Sieger des zweiten Weltkrieges im imperialistischen Lager holte sich die US-Bourgeoisie die Kriegsausgaben mehr als dreimal nach 1945 aus den Staatskassen zurück und die staatlichen Fabriken der Kriegsproduktion wurden dem einzelnen Bourgeois zum „Geschenk“ gemacht und damit spülten sie sich ihre zeitweilige Kriegssteuer wieder in die Privatkassen und wurden so zum Kriegsgewinnler nach Roosevelts Tod.

Der Deutsche Imperialismus lebt nur vom Raub. Er ist nicht mehr in der Lage, die Produktivkräfte zu entwickeln., die ihm ja den Raub etwas ersetzen würden, wenn dem nicht der schnelle, unmittelbare Maximalprofit entgegenstehen würde. Auch dann, wenn die heutige Entwicklung der Produktionsmittel längst aus der Staatskasse kommt, um ein wenig die Deindustrialisierung, Massen-erwerbslosigkeit zu verkleinern, aber das Elend des Volkes und der Arbeiterklasse bleibt - das sind die Ergebnisse, die ihn zum Krieg zwingen.

Nicht viel anders ist es in **Italien**: Deindustrialisierung, 13,5 Mio. Menschen in Armut, 2,7 Mio. davon in schwerster Armut, sinkende Realeinkommen (-8,7% seit 2007), kaum bezahlbare Mieten, offizielle Erwerbslosigkeit bei knapp 8%, überwiegend sog. prekäre Arbeitsverhältnisse und zunehmende Ausrichtung auf Kriegswirtschaft

(z.B. Rüstungskonzern Leonardo, 60.000 Arbeiter, hat Kooperations-Verträge mit Rheinmetall unterschrieben und ist Großaktionär bei Hensoldt, beteiligt auch beim Bau des US-Kampffjets F-35. Fincantieri S.p.A. baut mit 22.600 Arbeitern Kriegsschiffe, Anteilseigner ist zu 71,26% der italienische Staat).

EINLADUNG ZU EINER ARBEITSKONFERENZ DER USB - Zur Arithmetik und Automatisierung der industriellen Produktion

Dies sind nur einige Fakten, die aber noch nicht genügen. Für die Diskussion mit der Gewerkschaft USB, besonders auch in Hinblick auf ihre Einladung an uns zu einer Konferenz im Frühjahr 2026 zum Thema Deindustrialisierung und auf die am 9. Mai vereinbarte internationale Konferenz, braucht es mehr Wissen über die Verhältnisse in Italien. Werden dort, wie z.B. hier, ebenfalls die Staatskassen an die Kriegsindustrie übergeben? Kann eine Arbeitszeitverkürzung der Arbeiterklasse vorübergehende Erleichterung verschaffen? usw. Wie eben auch darin die gemeinsame Taktik in der Produktion, in der die Arithmetik, die KI bestimmend ist, die sie bis jetzt nur darunter einordnet, welches Elend sie in der Individualisierung der Arbeiterbewegung mit sich bringt und wie sie diese desorganisiert (siehe dazu ihre Stellungnahmen). Statt eben auch darin die Macht des Arbeiters selbst zu erkennen: Ist sie bereit, die Arithmetik und die KI zum Wohle der Menschheit anzuwenden und nicht alleine in der Verkürzung der Arbeitszeit, der Ausbeutung und der Aufhebung der Hand- und Kopfarbeit in größeren Teilen der Automatisierung der Industrialisierung? Und dabei eben mehr als die USB es macht, die Fragestellung in den Mittelpunkt stellt: „Was, Arbeiter, arbeitest Du? Du, Arbeiter, trägst die Verantwortung dafür, was und für wen produziert wird. Darin besteht längst deine Stellung auch in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, um endlich eine Arbeit zu bekommen, die der Menschheit dient, um letztlich den Volkswohlstand in einer sozialistischen Gesellschaft zu erkämpfen“. Das wird wohl der Beitrag unseres Genossen bei dieser nicht unwichtigen Arbeitskonferenz sein, den sie sich wünschen und erhoffen in der längst alle Arbeiter mit ihrer Verweigerung der Lohnarbeit dem Lohnsystem den Kampf anzusagen haben. Das sichert dann auch mehr die proletarische Existenz ihrer Familien ebenso in Italien, wie in fast allen imperialistischen Staaten und das ist für den revolutionären Arbeiter aus dem Kampf gegen Krieg und Faschismus nicht wegzudenken.

*aus der Plenartagung des Zentralkomitees
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD
Dezember 2025*

**AUCH IN DEN LAUFENDEN TARIFRUNDEN GILT:
BILDUNG DER ANTIKRIEGSFRONT!
ODER – ARBEITER, WAS PRODUZIERST DU UND
WAS DU, ARBEITER NEBEN MIR?!**

Ob im öffentlichen Dienst, in der Chemie-Industrie oder bei der Bahn; die anstehenden Tarifrunden haben für die Arbeiter und Werktätigen in diesen Bereichen nichts zu bieten, außer die Armut fortzuschreiben. Die IG BCE tritt gleich ohne Forderung an, im öffentlichen Dienst geht es um 7%, bei der Bahn um 8%. Die Prozente, die rauskommen werden, reichen nicht mal die aktuelle und kommende Inflation auszugleichen. Und schon gar nicht können sie die Plünderung der „Sozialkassen“ als der Bourgeoisie dienende Kriegskassen ausgleichen. Auch können sie die Erwerbslosigkeit auch in diesen Bereichen wahrlich nicht verkleinern, wenn man dieses Elend der Arbeiter und Werktätigen gänzlich umgeht in dem Rund der Tarife im Jahr 2026. Was besagt jeder geführte Staatskampf und Streik der dort Beschäftigten? Er würde ihre Lohntüte um mehr Lohn erhöhen als in einer längst aus der Zeit gefallenen Tarifrunde mit ihren paar Cent mehr, die sich der Staat und das Kapital sofort wieder zurückholt. Ansonsten gilt weiter: Gerade in diesen Bereichen, insbesondere dem öffentlichen Dienst, hat das einen klaren Grund: Der Krieg, der kostet, der wird bezahlt, dafür ist das Geld der Arbeiter und Werktätigen da.

Wir nützen den Arbeitern und Werktätigen in diesen Bereichen als Kommunisten rein gar nichts, wenn wir sie in ihren Tarifrunden ins Elend begleiten, denn dahin kommen sie auch ohne uns. Also, wie kann in der Zeit des Billionenraubs aus der Staatskasse noch um Lohnerhöhung gekämpft werden – die zugleich die Kriegsmobilmachung in den Fabriken und staatlichen Betriebe angreift und verkleinert und auch mehr als zur Stunde verhindert, dass die „Arbeiterkassen“ zu reinen Kriegskassen werden und damit den Lohn der Werktätigen und Arbeiter senkt. Und darin sich eben die Aufgabe jedes Werktätigen und Arbeiters zeigen muss und wird: „Für was arbeitest DU und du, Arbeiter neben mir!? Für den Krieg, der deinesgleichen zum Opfer des Krieges macht, in dem du der kriegsführenden Bourgeoisie die Mittel beschaffst, aber auch in der Produktion die Waffen aller Art bis zum Transport gegen die Völker produzierst oder eben transportierst an die „Ostfront“ etc.“ Wenn wir in diesen Bereichen überhaupt eine Tätigkeit entfalten, weil sie evtl. ein Ort werden, in dem sich gewerkschaftliche Kollegen versammeln, dann aber müssen sie ein Ort des Eingreifens und der Vereinigung der Werktätigen

eben auch mit dem Industrieproletariat werden und damit erleichtern, die Spaltung in unser Klasse zu verkleinern, was nützt und beiträgt, die nationale Antikriegsfront aufzubauen.

Dazu braucht es gerade im öffentlichen Dienst den Kampf gegen den Kriegshaushalt, den Zusammenschluss über die Branchen hinweg braucht es in allen Bereichen. Die Metall-Arbeiter stehen vor wechseln, während sie zusammen mit den Schienenarbeitern für einen Ausbau des öffentlichen Verkehrs einen Schritt Richtung Zukunft und damit gegen die Kriegsregierung machen würden. Auch diese Arbeiter von Metall und Chemie haben sich wahrlich die Frage zu stellen: „Für was mache ich in den Fabriken die Knochenarbeit? Für Produkte und Waren, die der Menschheit keinen Wohlstand bringen, also nicht ihre Bedürfnisse decken, aber wahrlich kriegstauglich sind, um uns unter der Knechtschaft weiter zu halten. Wie die Chemie-Arbeiter Lacke für die Autoindustrie und dem Einbau z.B. Kabel-Stränge zur KI-Technik oder Stickstoff zur Überdüngung der abgeholzten landwirtschaftlichen Flächen – weltweit, etc. oder Medikamente herstellen können, die solche Herstellung wie in Indien verunmöglichen und damit den Kollegen in Indien ein würdigeres und lebensfähiges Leben ermöglichen könnten, usw. Oder im Gesundheitswesen: hier wird das Geld in den Umbau zu Lazaretten, Kliniken unter der Erde samt DER DAZU NÖTIGEN Operationsräume, wie der Ausbildung zur Kriegs-Tauglichkeit gesteckt und die Folgen betreffen alle Arbeiter. In den Metallbetrieben schleppen sich Arbeiter, insbesondere Leiharbeiter krank zur Arbeit, aus Angst vor Kündigungen und trotzdem oder deswegen steigen die Krankenstände in den Betrieben und auch davon, wie und was sie dort produzieren. Sie bräuchten kein „Gesundheitswesen“, das jeder längst gegebenen medizinischen Behandlung am Patienten widerspricht, ist der kein reicher Patient, aber das Gesundheitswesen soll mehr und mehr dem Krieg dienen als kommendes Kriegs-Lazarett, für Lohnerhöhung oder Gesundheit bleibt da kein Platz (siehe hierzu auch Notstand der Republik).

Warum sollten wir also diese Tarifrunde nicht wenigstens nützen, den Metallarbeiter und die Krankenschwester nicht mindestens in kleinen Schritten an die gemeinsame Antikriegsfront zu bewegen, indem z.B. eine Krankenschwester mal in einem VK eines Metallbetriebes darüber spricht, wie die Kliniken unter die Erde verlegt werden oder Keller von Kliniken als Operationsräume geplant sind und ihre Arbeit ein Ausmaß angenommen hat, das sie selbst zum Patienten der eigenen Klinik macht und ihr Lohn nicht steigen wird und der Metaller nur dann noch eine sichere Behandlung – mit Zuzahlung - erfährt, wenn er für die Front gebraucht wird. Oder in kriegswichtigen Fabriken schuftet. Wenn man nicht direkt in den VK kommt (die Hürde sollte bei der Fragestellung aber nicht all zu hoch sein), dann ist es evtl. die kleine Versammlung vorm Tor oder wenigstens ein offener Brief an die Arbeiter.

Insgesamt gilt auch bei den Tarifrunden, den laufenden und den kommenden, wenn sie nur dazu dienen die Illusionen zu nähren, das Lohnarbeiterdasein würde weitergehen, trotz Massenentlassungen und Krieg, dann sind sie reaktionär. Als Kommunisten dürfen wir uns auch hier nicht verzetteln, wir müssen klar sagen was ist (der Krieg macht euch nicht nur arm), wie der Kampf dagegen zu führen ist und die dazu konkreten, kleinen Schritte praktisch organisieren. Dazu gibt es sicher noch mehr gute Ideen als die oben genannte. Das wird die revolutionäre Praxis darin uns schon bringen – und nicht die Tischdiskussion darum. Die Vereinigung gegen Krieg und den Ansturm des Faschismus als eben auch das Grund-Übel des Senkens der Löhne in Euro. Im STREIK gegen Regierung und Kapital können die Löhne eben erhöht werden und die Anti-Kriegsfront so verbessern. Fünf Finger bricht man - Die Faust aber nicht!

*aus der Plenartagung des Zentralkomitees
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD
Dezember 2025*

SPLITTER

ZUR JÜNGSTEN ENTWICKLUNG DES NOTSTANDS DER REPUBLIK IM KRIEG - DER KRIEG IST IN DER WELT!

Widerstand Kulturschaffender in Litauen gegen Regierung und Antisemitismus und damit auch gegen den deutschen Okkupanten

In der vom deutschen Imperialismus mit der deutschen Panzerbrigade 45 okkupierten ehemaligen Sowjetrepublik Litauen regt sich Widerstand gegen die Regierung Litauens. Ohne deren Zustimmung könnte die Okkupationsbrigade heute dort so nicht mit 5.000 Soldaten stehen. Einer Vasallen-Regierung, die mehr und mehr offen antisemitisch und faschistisch wird seit der Stationierung des deutschen Vorpostens an der Ostfront.

Die derzeitige Regierung Litauens besteht aus der Koalition der „Sozialdemokraten“ als stärkster Partei in Litauen mit 15.600 Mitgliedern. In den 90er Jahren hervorgegangen aus der KPdSU, ist sie mit einer Partei der Arbeiteraristokratie wie der SPD aus den imperialistischen Ländern in Westeuropa nicht gleichzusetzen. Koalitionspartner sind die Bauernpartei und die antisemitische, faschistische „Memel-Morgendämmerung“. Nach deren Gründung durch einen Antisemiten 2023 flammten grössere Proteste im ganzen Land auf, nachdem ihr Gründer zu einer Geldstrafe von 5.000 Euro wegen Volksverhetzung und Holocaust-Leugnung verurteilt werden musste, vererbten sie 2024. Doch Mitte dieses Jahres wollte die Regierung den antisemitischen Vor-sitzenden der „Memel-Morgendämmerung“ zum Kulturminister ernennen und traf auf den Widerstand im ganzen Land, ausgelöst und organisiert von Kulturschaffenden, dem Teile des Volks sich anschlossen.

Verständlich in einem Land, dem die Sowjetunion seit der Befreiung 1944 vom barbarischen Hitler-Faschismus einen ungeheuren kulturellen Aufschwung sowie flächendeckende Bildungseinrichtungen brachte und ermöglichte. Daher sind die Angriffe auf die Kultur anders als in den USA oder in der BRD zu sehen. Und es ist somit verständlich, dass der Widerstand durch Kulturschaffende und das Volk beginnt und darin die Arbeiterklasse nicht dadurch getrennt ist von den Volksmassen und ihrer Kultur, soweit sie noch aus der sozialistischen Zeit kommt. Die Strategie und Taktik des Kampfs zur Wieder-Errichtung der Diktatur des Proletariats und des Sozialismus ist auch ein anderer als in den Ländern des alten Imperialismus, wenn der Hauptfeind die Konterrevolution und Oligarchen in ihrer aktiven Unterstützung von imperialistischen Staaten

ist. In einem zum Scheitern verurteilten Versuch, noch in der Epoche des Sozialismus „National Staaten“ zu errichten.

Und nicht vergessen sind die barbarische Verfolgung und Ermordung der Menschen jüdischen Glaubens durch die Mordbanden des Hitler-Faschismus und ihre nationalistischen, antisemitischen Vasallen aus Litauen selbst. Nur 10% überlebten, über 200.000 wurden bestialisch ermordet, wofür bis heute Zeugnis abgelegt ist, in der Erde einer einstigen sozialistischen Republik. Auch diese Geschichte prägt.

Die Kulturschaffenden klebten in Vilnius rote Dreiecke, die vor der Vernichtung der litauischen Kultur warnten, an Museen, Theater, Cafés, Buchhandlungen und rüttelten auf. Anschließend verfassten einige Künstler eine Internetpetition gegen die Ernennung des Antisemiten zum Kulturminister und erhielten innerhalb weniger Stunden 45.000 Unterschriften. Zwei Tage darauf kam es im Herbst zu den ersten grossen Demonstrationen seit der Parlamentswahl 2024. Seither dauert der Widerstand an durch eine überraschend breite Mobilisierung von Künstlern, Intendanten, „Kulturmanagern“ (FAZ) und ganzen Institutionen. „Wir waren lange Zeit auf die Kultur fixiert und haben die Politik ausgeblendet. Die jetzige Entwicklung stellt plötzlich alles infrage. Deshalb fühlen sich nun viele Kulturschaffende mitverantwortlich“ erklärte eine Verlegerin am Rande einer Kundgebung vor dem Parlament. Proteste erfolgten im ganzen Land.

Ermutigt durch den Rücktritt des Kulturministers nach nur 9 Tagen nach der Petition, die die Schwäche der Regierung zugleich dokumentiert, gründeten Protestierende Anfang Oktober die „Kultur-Agora“ und diese Plattform, die zugleich ein Stück Organisation wurde, stellte den Monat Oktober unter das Motto ihres Kampfes „Wir sind die Kultur“. Im November folgte der Protestmonat im ganzen Land als „Monat der Bildung“ mit landesweiten Aktionen.

Als die Regierung dann im nächsten Angriff den öffentlich-rechtlichen Radio- und Fernsehsender LRT unter ihre politische Kontrolle nehmen wollte und u.a. mit Verordnungen den Generaldirektor leichter absetzen zu können, kam es am 9. Dezember zur Demonstration mit 10.000 Menschen vor dem Parlament in Vilnius. Bei 3 Millionen Einwohnern Litauens wären dies umgerechnet fast 900.000 in Berlin gegen die Regierung, das eine derartige Mobilisierung durch Kulturschaffende bitter nötig hätte. *(Wie ihr proletarischer Kulturkampf sollte der zentralen Leitung der Agitproptruppen von uns schon ein „Kleiner Brief“ oder eine „Solidaritäts-Adresse“ wert sein – gerade aus dem Land, in dem der deutsche Mord längst noch nicht abgeschaft ist und erneut schon wieder militärisch haust in Litauen).*

Die Antwort auf den Volks-Widerstand kam prompt: Die Regierung verhängte den Ausnahme-zustand am gleichen Tag. Die hiesige „freie Presse“, die wir mitsamt ihrer „Demokratie“ gegen Russland in Berlin mit Bomben und Kanonen, mit Kriegsflugzeugen und Fregatten, mit

Wehrpflicht, Soldaten und Krieg im eigenen Land „verteidigen“ müssten, nannte als Begründung für den Ausnahmezustand, die auch Litauens Regierung verbreitetet, die Ballonflüge aus Belarus mit Zigarettenschmuggel! Dagegen ist Trump ja fast ein Trampel.

Ausnahmezustand in Litauen,

das heißt: Einsatz der Armee gegen das Volk Litauens zur Durchsetzung behördlicher Anordnungen sowie die Verfolgung derjenigen, die diese Anordnungen ignorieren oder Gesetze verletzen.

das heißt: Zentralisierung der Gewaltapparate Militär und Polizei sowie Geheimdienste zu einem Unterdrückungsapparat gegen das eigene Volk, heißt aber auch als eine Speer-spitze des deutschen Okkupanten gegen Russland und weitere ehemalige Sowjetrepubliken wie Belarus. Und mit dem Notstand hat der deutsche Imperialismus mehr als genug Erfahrungen.

das heißt aber insbesondere ein Gewaltapparat in Form der Militärdiktatur, angeleitet vom deutschen Imperialismus, der längst schon Waffen für Armee und Polizei, samt Fahrzeugen wie Polizeiwannen von VW&Co. in Litauen stehen hat neben seinen ständigen Bürgerkriegs-Manövern der Bundeswehr in Litauen mit der Armee Litauens, denn die deutsche Militär-Kanaille treibt schon seit 2017 mit einem Bataillon (etwa 1.000 Soldaten) ihren Eroberungsfeldzug voran und hat die Armee Litauens längst real okkupiert.

Denn wofür sonst braucht es den Ausnahmezustand – zum Herunterholen von ein paar Ballons mit Zigaretten aus Belarus? Sind Zigaretten jetzt schon die neuen Waffen, mit oder ohne Filter? Ist doch absurd.

Aufgrund des Ausnahmezustands schloss Litauen die Grenzen zu Belarus und beorderte die Polizei an die Grenze zu dieser ehemaligen Sowjetrepublik, die einst die deutsche Nazi-Bestie genauso wie Litauen mit der grausamsten Barbarei überzog und nur noch verbrannte Erde hinterließ. Nach der Grenzschießung standen 1.000 litauische LKWs in Belarus, die dort eine Tagesgebühr zu zahlen hatten. Woraufhin litauische LKW-Fahrer in Vilnius gegen die Grenzschießung der Regierung protestierten, denn auch in Litauen sind nicht vergessen die besseren Zeiten der fünfzehn Schwestern.

Belarus seinerseits hält nun litauische LKWs in Belarus fest und die Regierung in Vilnius stuft die Luftballons als auch die Festsetzung der LKW als „Hybride Kriegs(!)führung“ ein.

Der Einpeitscher eines III. Weltkriegs aus Berlin zündelt in Litauen für seine Eroberung und erneute Besatzung von Belarus.

Währenddessen organisierte das berüchtigte Goethe-Institut die Ausstellung „Glocken und Kanonen“ mit Gemälden gegen Russland im Zentrum für Zeitgenössische Kunst in Vilnius, während im gleichen Haus an der „Deutschen Gasse“ eine Video-Installation über jüdische

Partisanen, die gegen die SS im Wald bei Vilnius kämpften, zu sehen ist. Diesen Wald, zugleich auch Naturschutzgebiet, ließen die Deutschen durch Litauen im letzten Jahr abholzen für den Truppenübungsplatz der deutschen Brigade – welch eine Barbarei! In der Nähe stand einst ein jüdisches Ghetto und heute gibt es noch Überreste einer Filiale des sowjetischen Museums zur Oktoberrevolution, das in den 90er Jahren noch intakt war und heute nurmehr eine Ruine ist. Die Kultur deutscher Panzerketten eben, damals wie heute. Deutscher Arbeiter, an diesem Elend bist du wohl nicht ganz unschuldig. Wir sollten also unserer Klasse nicht nur von der Panzerbrigade in Litauen berichten, sondern auch über den Widerstand dieses Kulturvolks, denn es gibt wahrlich nicht nur die Streiks gegen Waffentransporte in Westeuropa. Deswegen sind Sabotage, Blockaden gegen Waffen-Produktion und Transport an die Ostfront, liebe Eisenbahner, entscheidend für euer Weiterleben und das der Völker der ehemaligen Sowjetrepubliken.

Ukraine-Splitter

Aus der Wirtschaftswoche vom 15.12.25:

„Ukraine-Gespräche in Berlin Zehn-Punkte-Plan für Rüstungskoooperation

Die Rüstungskoooperation zwischen Deutschland und der Ukraine beschränkt sich schon länger nicht mehr auf einseitige Waffenlieferungen. Die Vernetzung soll nun vorangetrieben werden. Deutschland will die Rüstungskoooperation mit der Ukraine weiter ausbauen. Die Bundesregierung hat dazu einen Zehn-Punkte-Plan erarbeitet, der unter anderem die Eröffnung eines Verbindungsbüros der ukrainischen Rüstungsindustrie in Berlin und eine enge Zusammenarbeit beim Bau von Kampfdrohnen vorsieht, wie die Deutsche Presse-Agentur am Rande des Deutschlandbesuchs des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj aus deutschen Regierungskreisen erfuhr.

Das sind die zehn Punkte im Einzelnen:

- 1. Es soll künftig regelmäßige hochrangige Konsultationen der Verteidigungsministerien zur Rüstungspolitik geben.*
- 2. Ein Verbindungsbüro der ukrainischen Rüstungsindustrie mit dem Namen „Ukraine Freedom House“ in Berlin soll für eine bessere Vernetzung der Waffenproduzenten beider Länder sorgen.*
- 3. Der Stab des Militärattachés an der deutschen Botschaft in Kiew wird verstärkt.*
- 4. Die Ukraine soll selbst entwickelte Kampfdrohnen in Deutschland bauen. Dazu wurde bereits eine Vereinbarung zwischen dem ukrainischen Drohnenbauer Frontline*

Robotics und der deutschen Rüstungsfirma Quantum Systems getroffen.

5. Die gemeinsame Entwicklung und Produktion von Rüstungsgütern soll auf weitere Bereiche ausgeweitet werden.
6. Die gemeinsame Beschaffung von Rüstungsgütern für die Ukraine durch europäische Partnerländer soll weiter intensiviert werden.
7. Die Ukraine soll stärker in den EU-weiten Markt für Verteidigungsgüter integriert werden.
8. Die Bundesregierung prüft die Nutzung von Investitionsgarantien des Bundes, um das Engagement deutscher Rüstungsunternehmen in der Ukraine zu fördern.
9. Deutschland will digitale Gefechtsfelddaten der Ukraine und Erkenntnisse über den Einsatz deutscher Waffen im Abwehrkampf gegen Russland nutzen, um das Training von Soldaten und die Entwicklung von Strategien zu verbessern.
10. Beide Seiten sollen Vorkehrungen zur Unterbindung von Korruption bei der Beschaffung von Rüstungsgütern treffen.

Bund unterstützt private Investitionen in der Ukraine

Zur Unterstützung privater Investitionen in der Ukraine bringt die Bundesregierung zudem ein neues Finanzierungsinstrument mit 45 Millionen Euro an den Start. Damit sollen zinsvergünstigte Kredite an deutsche Unternehmen ermöglicht werden, wie Bundeswirtschaftsministerin [Katherina Reiche](#) ([CDU](#)) beim Deutsch-Ukrainischen Wirtschaftsforum in Berlin sagte.

Wegen des andauernden Kriegs vergäben Banken keine Kredite für Investitionen in der Ukraine, sagte Reiche. Das Programm „Ukraine Connect“ solle diese Lücke füllen. Es solle bei der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft angesiedelt werden, einer Tochter der Förderbank KfW.

Darüber hinaus habe die Bundesregierung ihren Beitrag zum Ukraine-Energie-Unterstützungs-fonds um weitere 100 Millionen Euro aufgestockt, erklärte Reiche. Aus dem „Ukraine Energy Support Fund“ werden Ausrüstung und Ersatzteile für den ukrainischen Energiesektor beschafft, der immer wieder im Fokus russischer Angriffe steht.“

Ukraine kauft in Frankreich – der Deutsche zahlt

Die Ukraine kauft in Frankreich bis zu 100 Rafale Kampfflugzeuge für 10 Milliarden Euro sowie Luftabwehrsysteme, Drohnen, Bomben. Die Finanzierung wird über die EU sichergestellt. Der deutsche Imperialismus zahlt hiervon einen Anteil von etwa 25%, er gerät mehr und mehr gegen seine Konkurrenten in der EU unter Druck. (FAZ, 18.11.25)

**EU-Staaten heizen Krieg und Zerstörung immer schneller an!
„Die Vereinigten Staaten Europas sind entweder unmöglich oder
reaktionär „– Lenin**

Die imperialistischen Staaten der EU sind mehrheitlich pleite - gehe es nach der kapitalistischen Buchführung - und könnten, würde es nach bürgerlicher Buchhaltung gehen, keinen einzigen Cent mehr ausgeben, geschweige denn Kriegsausgaben finanzieren. Nun sind die Gesetzmäßigkeiten des Imperialismus, besonders in seinem Endstadium, nicht die der bürgerlichen Gesellschaft, sondern die blanke Macht und Gewalt. Des Staatsapparats und Faschismus und Krieg der aggressivsten Monopolkapitalisten, der sich diesen staatlichen Gewaltenapparat untergeordnet hat. Das bürgerliche Recht im Krieg ist längst Vergangenheit, national wie international. Das kann auch nicht anders sein. Das bürgerliche Recht, bzw. Klassenrecht, sowie das Völkerrecht sind längst Geschichte, wie auch der Traum vom Rechtsstaat nurmehr eine Fata Morgana ist. Hat die Klassengesellschaft ihr eigenes Ende nach ca. 10.000 Jahren heute objektiv längst herbeigeführt, so hebt die letzte Klasse der Menschheitsgeschichte, das Proletariat, alle Klassen auf.

Dies alles nicht wissend, zerfetzen die Imperialisten die letzten Überreste ihrer Väter aus dem Konkurrenzkapitalismus und dies ist der Boden, auf dem auch die EU-Staaten weitere Vernichtungs- Maßnahmen beschlossen haben. Seit Mai dieses Jahres beschloss der EU-Rat, also die einzelnen europäischen Regierungschefs der EU-Staaten, bis 2030 sagenhafte weitere 800 Milliarden Euro für den Krieg an Darlehen zu vergeben. Verzinst nach dem Hauptrefinanzierungssatz der EU, derzeit 2,15%, für den kein Arbeiter irgendwo einen Kredit erhält. (Was für ein Profitables Geschäft des Finanzkapitals.) Alle EU-Staaten können diese Kriegskredite erhalten, aber auch bestimmte andere Drittstaaten. 27 Regierungschefs beschlossen diese Riesen-Kreditvergabe und diese Verteidiger der Demokratie hielten das EU-Parlament außen vor, ließen es verfassungswidrig darüber nicht abstimmen, wogegen das Parlament nun Klage erhoben hat vor dem Europäischen Gerichtshof gegen die EU-Mitgliedstaaten.

Lenin an der Wiege des Imperialismus: „Die Vereinigten Staaten Europas sind unter kapitalistischen Verhältnissen gleichbedeutend mit Übereinkommen über die Teilung der Kolonien.“ Am Grab des Imperialismus sind die EU-Staaten Europas gleichbedeutend mit der Vernichtung eines Teils des Erdballs sowie von Milliarden von Menschen.

Großbritannien ist dem Abkommen nicht beigetreten, weil es 6,5 Milliarden Beitrittsgebühren nicht zahlen wollte, was die Widersprüche zu den großen EU-Imperialisten gerade wieder stark verschärft und GB auch bessere Beziehungen hat zum US-Imperialismus. Der aggressivste und größte Kriegstreiber Europas, der Berliner Annexionist, hat bislang keine

Darlehen in Anspruch genommen, da er aufgrund seiner relativen Stärke und dem massenhaft um den Erdball schwirrenden Anlage suchenden Geldkapital, das heute so häufig und wertvoll ist wie Sand am Meer, günstigere Kredite erhält.

Beigetreten ist Kanada dem Darlehensprogramm mit einer „Eintrittsgebühr“ von 10 Millionen Euro, hat aber bis zur Stunde noch keinen Kredit in Anspruch genommen. Auch hieran und nicht nur in der verstärkten militärischen Kooperation Kanadas mit der BRD und anderen europäischen Kriegstreibern, sehen wir die gewaltige Verschärfung der Widersprüche unter den Imperialisten, hervorgerufen durch den irrwitzigen Vorstoß der US-Riesenkonzerne, insbesondere der IT- und Kriegs-Branche, den durch Trumps Maul hervorgeschleuderten Anspruch auf die Annexion Kanadas als 51. Bundesstaat der USA.

FAZ 3.12.25

... und morgen die ganze Welt

Die deutsche Luftwaffe hält inzwischen Manöver in Neuseeland ab zur Übung von Tiefflügen, die in der dicht besiedelten BRD so nicht möglich wären. Außerdem ist aufgrund der Handelswege diese Region für den deutschen Exporteur von hoher Bedeutung.

FAZ 17.11.25

Beginnende Wieder-Einführung der Wehrpflicht in Italien

Die italienische Regierung setzte 2005 die Wehrpflicht außer Kraft, doch der kommende Krieg in Europa und Nordafrika lässt das Meloni-Regime die Wehrpflicht reaktivieren. Aufgrund der Klassenkräfte, des stärkeren Proletariats und der Volksbewegungen sowie ihrer schwächeren Bourgeoisie im Verhältnis zum aggressiveren deutschen Imperialismus, braucht die Regierung mehr Vorstufen und muss sie schleichender einführen bei derzeit 160.000 Soldaten. Das italienische Volk hat in der Résistance schon einmal einen mit den Füßen zuerst an den Galgen gehängt, das deutsche Volk seinen Hitler-Feind nicht. Die Einführung kommt noch auf Basis der Freiwilligkeit, ohne Musterung und Zwangsrekrutierungen daher. Am Schluss wird das Kontingent gedeckt sein, ob mit oder ohne Freiwilligkeit.

Die USB unterschätzt vielleicht diese Mobilmachung in ihrem Land in ihren mit organisierten STREIKs, wenn sie neben der Losung „Runter mit den Waffen“, die Losung „Rauf der Löhne“ in einer Wirtschaftskrise der Allgemeinen auch in Italien stellt. Worauf wir die Genossen weiterhin aufmerksam machen müssen. In der gemeinsamen notwendig zu organisierenden internationalen Front gegen Krieg und Faschismus.

Zwangs-Wehrpflicht und Zwangs- Zivildienst Eine Kriegs- Maßnahme in der Mobilmachung.

Nicht nur die Mobilmachung durch die Wehrpflicht ist in vollem Gange, sondern zugleich auch der Zwangs-Zivildienst. Kaum ist das Wehrpflicht-Gesetz verabschiedet, hat der Bund zivile Organisationen wie Rotes Kreuz u.a. aufgefordert, ihre Erfahrungen unter dem Zivildienst zur Zeit der Wehrpflicht bis 2011 mitzuteilen. Das zuständige Familienministerium berief umgehend zwei Treffen mit sozialen Organisationen ein. Denn in Kriegszeiten ist der frühere Zivildienst nichts anderes als die Errichtung der Zwangsarbeit, die natürlich Organisationen bedarf wie zu Hitler-Zeiten der Reichsarbeitsdienst es war, nach einigen Vorstufen in der Weimarer Republik schon. Und den Arbeitsdienst der Zwangsarbeit unter anderem Namen wieder aufzubauen, ist unabdingbar für die deutsche Bourgeoisie. Es geht als um viel mehr als nur um die Wehrpflicht, derer der deutsche Krieg bedarf. Auch darauf müssen wir die FDJ aufmerksam machen und ihnen auch schildern, wie der Zivildienst früher organisiert war und wie er heute verschärfter sein wird. Zumal auch so mancher Arbeiter zwar gegen die Wehrpflicht, aber für den Zivildienst der jungen Generation ist, ohne den Zusammenhang zu sehen. Und wie weit täglich der Zugriff von Kapital und Militär auf die lernende Jugend in Schulen und staatlichen Schulplänen, wie auf die Intelligenz bei den Studierenden und in der Forschung insbesondere in den naturwissenschaftlichen Gebieten und Technischen Hochschulen verstärkt wird - gegen die „Freie Lehre“.

Der Zentralverband des Deutschen Handwerks giert nach billiger Arbeitskraft durch den kommenden Zwangsdienst und trommelt dafür, künftig auch Zivildienstleistende für Handwerks-betriebe zugewiesen zu bekommen.

NZZ 12.12.25; FAZ16.12.25

In der Wirtschaft kracht es immer stärker, die allgemeine Krise kann kein Ende nehmen im heutigen Stadium des Imperialismus. Da der Krieg darin Teil selbst ist.

BDI-Präsident Leibinger, Vertreter insbesondere der Monopole dieses Verbands, verlangt von der Regierung sofortige Maßnahmen zur Steigerung der Maximalprofite der Kapitalisten.

Die Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit, Andrea Nahles, gesteht die Überlebtheit des Bourgeois-Systems ein durch ihre Feststellung des Tiefpunkts der Chancen für Arbeitslose, einen Job zu finden. Keine Gruppe von Arbeitern ist vor Entlassung gefeit. Die Wahrscheinlichkeit für Erwerbslose oder in die Lohnarbeit eintretende Ausgebildete, eine Ausbeutungsstelle zu finden, ist so schlecht wie nie zuvor, besonders für Berufsanfänger. "Wir haben so wenig junge Menschen in Ausbildung vermittelt bekommen wie seit 25 Jahren nicht", so Nahles. Nicht die Beseitigung der Ursache allen Übels verlangt die ehemalige Juso- und SPD-Vorsitzende, sondern den Weg in die Zwangsarbeit: Junge Menschen müssten halt umziehen für die Jobsuche

und das müssten auch Ältere. Nun ja, dies wird dann aber eine Weltreise um den Globus. Die Kapitalisten stellen nirgendwo ein, also zieht um? Nein, das ist nichts anderes als ein weiterer Schritt in Richtung Kriegswirtschaft und Zwangsarbeit, bei der der Erwerbslose eben zum Schuften in den Rüstungskonzernen seinen Koffer zu packen hat oder zum Gräben-Ausschaufeln für Stromtrassen, zur Befestigung des Ostwalls, eben dorthin muss, wo der deutsche Krieg ihn erfordert.

CDU-Kanzleramts-Chef Frei verlangt zur Ankurbelung der kapitalistischen Wirtschaft das Auf-schnüren des Koalitionsvertrags – für ihren Krieg und blanken Pauperismus, das vergisst er immer hinzuzufügen. Kanzleramtschef Frei von der christlichen Partei – liebe deinen Nächsten wie dich selbst – verlangt am Vortag Leistungskürzungen im Gesundheitswesen. Weil du krank bist, musst du früher sterben oder dich eben zum Dienst an der Waffe melden, das verkürzt das Leben und die Kosten, die du der kapitalistischen Ordnung machst – wenn auch alles vom Arbeiter und Werktätigen längst reingezahlt ist. Sozialkassen sind eben „Kriegskassen“, wenn der Arbeiter sie nicht in eigene Hand genommen hat und nimmt. Wozu der Staatskampf im STREIK mehr ihm einbringt als der reine Lohnkampf, der zu weiterer Absenkung der Löhne führt.

Alle diese Mitteilungen kamen in einer einzigen Nachrichtensendung am 2. Christlichen Feiertag um 7 Uhr früh im Radio. Die nur eines besagen:

Der Weg in Faschismus und Krieg ist im Schweinsgalopp jetzt endlich durchzupfeitschen, das diktieren die Existenzbedingungen des Finanzkapitals. Und insbesondere im Niedergang des Imperialismus in einer noch nie gekannten brutalen Barbarei in der Menschheitsgeschichte auf dem gesamten Erdenrund - und der Morgenröte des Proletariats. Die Existenzbedingungen des Finanzkapitals verlangen für ihren Angriffskrieg gegen die Völker Europas und der ehemaligen Sowjetunion und darüber hinaus den Krieg gegen die Arbeiter und das Volk im eigenen Land, der von Monat zu Monat mehr die Form einer Militärdiktatur annimmt. Und den bewusstesten Arbeitern vor Augen führt, wie notwendig der verstärkte Kampf innerhalb ihrer eigenen Klasse für den Streik als Form ihres Widerstands ist. Der keine Sekunde Aufschub mehr duldet. Der STREIK gegen den kriegführenden Staat und seine dahinter stehende Monopol-Bourgeoisie aus Finanz und Industrie und Handel.

Das zeigen auch die folgenden Splitter:

Neues Luftschutzgesetz für das Militär

Oder der Bunker hat seine Auferstehung - schon mal wieder in der völkischen nationalistischen Kriegspropaganda – „Deutschland ist angegriffen“

Der Bundestag beschloss ein neues Luftschutzgesetz mit der Erlaubnis des Drohnenabschusses durch die Bundeswehr bei Angriffen auf die kritische Infrastruktur und auch auf Flughäfen, also überall im gesamten Land, denn was ist im Krieg keine kritische Infrastruktur. Dem Volk gaukeln die Regierung sowie ihre Schreiberlinge in den Medien, im Fernsehen und im Internet ständige Angriffe russischer Drohnen gegen „unsere“ Flughäfen, Bundeswehreinrichtungen etc. über Monate vor, dann kommt das Kriegsgesetz. In dem aber noch mehr steht als nur der läppische Drohnenabschuss, wie auf den Seiten des Bundestags selbst wortwörtlich zu lesen ist:

„Mit dem neuen Luftsicherheitsgesetz solle auch die Sicherheit der Flughäfen auf dem Boden gegen Sabotageakte – auch gegen vermeintliche Proteste, gestärkt werden, „bei denen es sich um nichts Weiteres handelt, als eine Gefährdung und Beeinträchtigung des Flugverkehrs“. Künftig drohten Personen, die vorsätzlich in den Sicherheitsbereich der Flughäfen eindringen, um den Luftverkehr zu stören und zu gefährden bis zu fünf Jahren Haft. Hierzu sehe das Luftsicherheitsgesetz einen neuen Straftatbestand vor.“

„Darin werden neben der bereits erwähnten Befugnis Erweiterung für die Streitkräfte auch Waffengewalt gegen Drohnen anwenden zu dürfen, auch die Unterstützungsleistungen der Bundeswehr im Rahmen ihrer technischen Amtshilfe nach Art. 35 Absatz 1 des Grundgesetzes konkretisiert und es wird eine Hinweispflicht der Bundespolizei an die Bundeswehr bei tatsächlichen Anhalts-punkten für einen möglichen Fall der Verteidigung eingefügt.“ Schreibt das CSU-geführte Innenministerium.

Worum also handelt es sich: Um den bewaffneten Einsatz der Bundeswehr gegen Proteste, gegen den Widerstand der Arbeiter und der Kriegsgegner gegen den deutschen Krieg durch die Stärkung des mächtigsten Gewaltapparats, des Militärs. In Zusammenarbeit mit der bisher zuständigen Polizei sollen die Einsätze der militärischen Gewalt erfolgen, was nichts anderes bedeutet als die weitere Verzahnung und Zentralisierung der Gewaltapparate, mehr und mehr unter dem Oberbefehl des deutschen Generalstabs. Was der weiteren Vorbereitung der Militärdiktatur gleichkommt. Wenn dein Klassenfeind sich zentralisiert, und dem „Angriff Deutschland“ die Trommel rührt: Arbeiter, dann weißt du, was du zu tun hast: Dir deine kommunistische Partei wieder aufzubauen, die Revolutionäre Front zu stärken wie auch die FDJ in ihrem gemeinsamen Kampf zentralisiert und nicht jede Abteilung für sich.

Unterirdische Waffen- und Munitionslager reaktiviert

In Lorch am Rhein beschloss der Stadtrat, das kilometerlange Tunnel-System, das bis zu 200 Meter unter der Erde liegt, für die Bundeswehr und zivile Firmen als Waffen- und Munitionslager wieder zu reaktivieren.

FAZ 17.11.25

Da lacht das Herz des Antimilitaristen

Die Gazette des Finanzkapitals FAZ kommentierte am 12.11.25:

„Seit 2020 rauschen enorme Summen über Staatsverschuldung in die Rüstungslandschaft. Doch Früchte tragen diese Mengen bislang kaum, eher entstehen riesige Sumpfgebiete, getränkt mit Geld. So sollten etwa beim Heer zwanzig Milliarden Euro die Digitalisierung der Landstreitkräfte ermöglichen. Zuerst ist die 10. Panzerdivision dran, der einzige Großkampfverband mit Nato-Zertifikat. Ergebnis: Einbau-Pleiten, Software-Pannen und eine analog funktionierende Division. Bei der Luftwaffe haben sich die Baukosten für F35-Infrastruktur in zwei Jahren verzehnfacht, das geplante 100-Milliarden-Flugzeug FCAS steht vor dem Aus. Und die Marine steckt in einer Fregattenkrise. Das 10-Milliarden-Vorhaben für neue Kampfschiffe ist im Zeitverzug. Software- und Finanzierungsprobleme lassen daran zweifeln, wann je eines der Schiffe geliefert wird.“

Diese ungeheure Geldvernichtung, der viele Abgeordnete im Verteidigungs- und Haushaltsausschuss tatenlos zusehen, übersteigt längst alles dagewesene. ... gelingt es hierzulande am Ende des dritten europäischen Kriegsjahres nicht einmal, ein paar unbewaffnete Drohnen abzufangen (Nun ja, siehe oben), ein Kriegsschiff zu bauen oder Funkgeräte zu installieren.“

Aber die Profite und Aktienkurse der Krieg-Produzenten schießen durch die Decke. Während andernorts die Profite des Rüstungskapitals um 13% im Jahr steigen, sind es hierzulande sage und schreibe 30% pro Jahr. Eine Wette auf die Zukunft.

FAZ 12.11.25

Natürlich warnt die Finanz-Kapital-Gazette FAZ die Monopolbourgeoisie hier davor, dass mit dieser Rückständigkeit der deutschen Industrie sie weder zivile Konkurrenz-Siege und erst recht nicht einen Krieg gegen starke Gegner gewinnen kann und an die Unterjochung Russlands nicht einmal zu denken ist, aber auch sie kann die Gesetzmäßigkeiten des deutschen Wucherstaats nicht außer Kraft setzen wie auch die der Industriemonopole. Daraus folgt doch nur: die Riesenschwäche des Tod-Feindes des Totengräbers des Kapitalismus in der BRD und der annektierten DDR und wie relativ leicht die arbeitende Klasse Erfolge im Widerstand bis hin zum bewaffneten Aufstand erzielen kann, wenn sie nur organisiert handelt und endlich ihre Partei und Massenorganisationen wieder aufbaut.

Ein Vorschlag zu Weihnachten oder ?!!

Wovon lebt die Stadt, wenn sie keine Fabriken mehr hat? Diese langjährige Losung gilt für immer mehr Ortsgruppen. Sie stellt sich auch für die OG Köln angesichts des rasanten Niedergangs von Ford und

anderen Industriebetrieben, die von der Umstellung auf Rüstungsproduktion von Deutz & Co. bislang nicht aufgefangen werden kann im deutschen Krieg. Wovon also lebt Köln in Teilen? Von den Kasernen und der Militärkonzentration der Armee in der Stadt Köln?

In Köln sitzen die Zentralen des Verfassungsschutzes, des MAD, des Bundesverwaltungsamts sowie das Zentrum für Luft- und Raumfahrt. Dort ist auch die Flugbereitschaft der Bundeswehr, das Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr, in Köln war bis Mitte 2025 die Zentrale der Streitkräftebasis, im benachbarten Bonn sitzen das Kriegsministerium sowie weitere kriegswichtige Ämter in beiden Städten.

Die Stadt ist also geeignet für eine kleine, aber feine Weihnachtsaktion auf der Domplatte des Kölner Doms:

Anlehnd an einen Tornado in einer Weihnachtskrippe in München vor dem Weihnachtsgottesdienst vor einer Münchner Kirche in den 70er Jahren, wäre hier eine schöne Krippe mit einer Atombombe darin liegend anstatt dem Jesuskindlein für die Besucher der Christmette und der Domplatte oder als Empfang für das neue Jahr 2026 samt einem kurzen Anti-Kriegsflugblatt. Eine kleine enthüllende Aktion, mehr als nützlich, über die auch die eine oder andere Zeitung berichten würde.

Nun, Weihnachten ist vorbei, kommt aber wieder und vorher kommt Neujahr und Ostern. In einem Nest liegen keine Osterhasen und Eier, sondern eben die deutsche Atombombe. Und unser Aufkleber zum letzten Antikriegstag mit Merz auf der Bombe macht sich weiterhin hervorragend und kann bestimmt nachgedruckt werden. Vielleicht freut es die Ostermarschierer ja auch. Und Teile aus der Schülerbewegung oder Demonstrationen auch in Köln. Der Kapitalismus, der Faschismus und der Krieg ist eben die kapitalistische Gesellschaftsordnung selbst.

Arbeitsdienst und Suppenküche

In welcher Situation greift das Kapital die letzten Reste der Überlebens-Absicherungen des Volkes an: In der die Verbrecherin Nahles, jetzt Vorsitzende der Arbeitsagentur, zugeben muss, dass „die Chancen für Arbeitslose so schlecht wie nie sind“. In der jeder vierte (!) „Minderjährige“, Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren, „Bürgergeld“ beziehen muss. In der die Hälfte aller Eltern mit „Bürgergeld“ zugunsten ihrer Kinder auf Nahrung verzichten und über eineinhalb Millionen Menschen zur Tafel müssen um nicht zu verhungern. In einer Situation, in der nicht einmal mehr Gewerkschaftssekretäre abstreiten können, dass 2026 die Entlassungen in der Industrie in die Hundert-tausende gehen werden (je nach offiziösem Sprech waren es 2025 150.000 bis 200.000). Vom Bäcker, der damit gleich mit in den Ruin rutscht, ist hier noch gar nicht die Rede. Fast schon täglich über-schlagen sich die Vorschläge des Kapitals und ihrer Politikerbüttel, dem Volk klarzumachen: Euch wird nichts bleiben als der Arbeitsdienst, für den ihr den Teller Suppe erhaltet, den ihr braucht, wenn ihr nicht verhungern wollt. Die Ökonomie des

Krieges ist nicht zuletzt die Erwerbslosigkeit und das Massenelend. Nicht morgen, sondern heute und so lange, wie der Arbeiter am Lohn festhält statt am Leben und das heißt zuallererst: Streik bevor es zu spät ist. Bisher hängt vieles noch in der Luft, ist Kabinettsbeschluss, aber nicht durch den Bundestag.

Auch an den aktuellen „Gesetzes“vorlagen misst sich der deutsche Krieg:

Kabinettsbeschluss „Bürgergeld wird zur Grundsicherung“

- „Erziehende sollen bereits nach der Vollendung des ersten Lebensjahres des Kindes für eine Erwerbsarbeit oder an eine Eingliederungsmaßnahme herangezogen werden können. Bislang gilt das für Kinder ab dem dritten Lebensjahr.“
 - 1. „Versäumen Leistungsbeziehende den ersten Termin, erfolgt keine Kürzung der Geldleistung. Ab dem zweiten Versäumnis jedoch soll sie um 30 Prozent für einen Monat gekürzt werden. Bleibt der dritte Termin ungenutzt, wird die Geldleistung komplett gestrichen. Mietzahlungen gehen direkt an den Vermieter. Erscheint die Person innerhalb eines Monats erneut im Jobcenter, werden die geminderten Leistungen nachträglich erbracht. Erscheint die Person nicht, gilt sie als nicht erreichbar und der Anspruch auf Leistungen entfällt vollständig.“
 - 2. „Wer seine Pflicht verletzt und Fördermaßnahmen abbricht oder sich nicht bewirbt, muss mit stärkerer Leistungsminderung rechnen als bislang. Der sogenannte Regelbedarf kann direkt um 30 Prozent für drei Monate gemindert werden.“
 - 3. „Die bislang geltende einjährige Karenzzeit beim Vermögen soll abgeschafft werden. Statt-dessen soll die Höhe des Schonvermögens an das Lebensalter gekoppelt werden.“ „Auch bei den Kosten der Unterkunft werden Anpassungen vorgenommen. Die Wohnkosten sollen in der einjährigen Karenzzeit gedeckelt werden. Der „Deckel“ beträgt die anderthalbfache Höhe der allgemeinen Angemessenheitsgrenze.“
 - 4. „Höhere als angemessene Aufwendungen für die Unterkunft werden künftig höchstens bis zur eineinhalbfachen Höhe anerkannt.“
- <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/kabinett-neue-grundsicherung-2399562>

Positionspapier des deutschen Kapitalistenverbandes BDA „Gesundheitsreform 2026“

- Keine Mitversicherung mehr für nicht verdienende oder gering verdienende Ehegatten, heißt 220 Euro im Monat.

- Wiedereinführung der Praxisgebühr: „Kontaktgebühr“ von zehn Euro bei *jedem* Arztbesuch
- Patientenquittung in die elektronische Patientenakte: Wer kostet wie viel?
- Zuzahlungen der Patienten um 50 Prozent anheben: Der Mindestbetrag für die Eigenbeteiligung an Arzneimitteln, an Reha- und Klinikaufenthalten sowie an den Fahrtkosten betrüge dann 7,50 Euro statt fünf Euro, der Höchstbetrag 15 statt zehn Euro.
- Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung auf eine „Basissicherung“ beschränken, „die einerseits die medizinisch notwendige Versorgung sichert, aber andererseits verzichtbare Leistungen ausschließt“
- „altersbezogene Leistungsausschlüsse“: etwa teure Operationen bei älteren Patienten sollen nicht mehr vorgenommen werden, medizinische Eingriffe nur noch, »wenn deren Nutzen nachgewiesen ist und die wirtschaftlich erbracht werden“

Kanzleramtschef Frei kündigt Kürzungen im Gesundheitssystem an

„Klar ist auch, dass manche Leistungen entfallen müssen, um das Gesundheitssystem günstiger zu machen“.

Wirtschaftsministerin Reiche zum Krankengeld / Lohnfortzahlung und Kündigungsschutz

- Senkung der Lohnfortzahlung von 100 auf 80 Prozent
- Keine sechs Wochen mehr
- Nicht mehr ab dem ersten Krankheitstag
- Aufweichen des Kündigungsschutzes

Zur Unantastbarkeit der Würde des Menschen

Die meisten dieser Gesetze sind schlichtweg verfassungswidrig, denn sie sind keine Gesetze mehr, sie richten sich gegen die Grundrechte wie Art. 1 des GG (Schutz der Menschenwürde) und ermöglichen keinesfalls ein Leben in Würde, sie richten sich gegen Art. 2 des GG (Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit), da ein Mensch ohne Geld und Nahrung nicht leben, sondern nur zugrunde gehen, elendiglich auf Raten krepieren kann. Ebenso, wenn er sich die medizinische Versorgung nicht mehr leisten kann aufgrund der Zuzahlungen und Zahlungen, die die Kassen nicht mehr übernehmen. Ein körperlich unversehrtes Leben ist für Millionen Menschen unmöglich geworden durch die staatlichen Anordnungen. Es sind Anordnungen zum schnelleren Sterben. Vor 40 Jahren organisierten wir kleinere Agitationszüge in mehreren Orten gegen den Beginn der Kürzungen mit Losungen wie „Weil du arm bist, musst du früher sterben“. Angriffe auf die Volksgesundheit, die die deutsche

Bourgeoisie im Zuge der Annexion der DDR gegen das annektierte Volk, gegen die bürgerliche Verfasstheit sogar vollständig liquidierte, durch die Liquidierung des realen Rechts auf Arbeit, durch die Liquidierung des staatlichen, kostenlosen DDR-Gesundheitssystems. Was die Bourgeoisie mit ihrem Staat anschließend gegen das Volk der BRD, das gegen die Annexion keinen Widerstand leistete, diesem aufoktroyierte noch in Vorkriegszeiten. Heute, im deutschen Angriffskrieg, sind dies Teile des Kriegsrechts, korrekter Teil des Kriegs-Unrechts. Und sie widersprechen ebenso dem EU-Recht wie dem Völkerrecht.

Im bürgerlichen Sinne sind es längst keine „Gesetze“ mehr, denn die bürgerliche Gesellschaftsordnung verschwindet mehr und mehr mit der offenen Diktatur einer Handvoll Monopole und Finanzoligarchen, da ist kein Platz mehr für das Bürgertum und seine Gesetze. Die Aufhebung der Bürgerlichkeit kündigt aber jetzt schon in Zeiten der Morgenröte vom Ende der bürgerlichen Ausbeutergesellschaft - durch die sozialistische Revolution in der Diktatur des Proletariats und dem Aufbau des Sozialismus, die die Bürgerlichkeit selbst aufhebt durch die Befreiung des Proletariats und der gesamten Menschheit.

*aus der Plenartagung des Zentralkomitees
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD
Dezember 2025*

ZU: DEM TODKRANKEN PATIENTEN

Bismarck lässt grüßen (!!) und auch die christlichen Armen-Hospize aus England oder der Bunker aus der BRD von 2026... Der Teil der Menschheit, der aufgrund seiner Lebensumstände besonders von Krankheiten aller Art betroffen ist, hat alle Hoffnungen aufzugeben in einer Gesellschaft worin der Wucherstaat bestimmt und das Leben sowieso für immer größere Teile der Bevölkerung dazu vorgesehen ist, es dem kriegführenden Kapital und einer moralisch auf einem Tiefstand stehenden Regierung zu opfern – um damit die wirkliche Entlastung im System: Der Tod kommt billiger als lebenserhaltende Maßnahmen, als eine medizinische Versorgung von Millionen der Ärmsten und dazu zählt das Kind jeder Niedriglohnfamilie bis zum Rentner aus unserer Klasse, der mehr als 4 Jahrzehnte gelöhnt hat für die Gesundheit seiner Klasse.

Wenn man sich die weiteren Maßnahmen gegen die Ärmsten in der Bevölkerung ansieht als Vernichtung des bürgerlich gegebenen „Sozial-Systems“! Wenn jetzt geplant ist, wer per Notaufnahme in ein Krankenhaus geschafft wird, hat dort 30 Euro zu bezahlen, dass ihm ärztliche Hilfe zuteilwird, der hat seine Medizin wieder neben der längst geleisteten Leistung durch seine Steuern wieder zuzuzahlen. Da wird aber die Medizin dem Menschen, dem Teil der Verarmten wahrlich zum Luxus. Wenn selbst beim Vorstellungstermin bei einem Arzt in Privatpraxen man die Euros in seiner Geldbörse parat zu halten hat, und wenn eine Einrichtung von staatlich oder in kommunaler Hand verwalteter Krankenhäuser weiter flächendeckend den Abrisshammer bekommen, aber auf der anderen Seite der Staat erste BUNKER-Krankenhäuser baut. Die sicher nur für Armee-Personal in den ersten Städten in Planung stehen – da ist das System, das sich die Arbeiterbewegung seit Beginn des 20. Jahrhunderts mit vielen Kämpfen geschaffen hat, wahrlich ein todkranker „Mann“, das Gesundheits-System in Deutschland.

Sollte man in solchen Zeiten nicht erneut die im 18. Jahrhundert verfassten Romane aus England wieder auflegen und zur Massen-Lektüre machen? Also am Beginn des Kapitalismus, als die zum Proletarier gezwungenen Menschen sich noch als eine Klasse verstanden, die die Welt zu Gunsten der Arbeiterklasse und der Menschheit sehr wohl zu verändern wusste. Wie eine Gewerkschaft in unserem Land sich längst zum Streik auszurichten hat – statt sich mit Cents abspeisen zu lassen – die selbst den Kranken nicht mehr heilen. Und darin den Staat zwingt, seine Umverteilung der Werktätigen- und Volkssteuern nicht in todbringende Panzer, Drohen und andere Waffen zu stecken, sondern ein Kampf um ein Gesetz, der den Staat zwingt, seine Bevölkerung nicht zu

Tode zu sparen, indem er auch noch dem Volk Billionen Schulden auflastet für den Tod in anderen Ländern und Völkern.

*aus der Plenartagung des Zentralkomitees
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD
Dezember 2025*

STELLUNGNAHME: DIE BETRIEBSRATSWAHL 2026

ist keine Betriebsratswahl wie früher. Sie findet statt in Zeiten des Krieges und der Billionen-Verschuldung. Es ist ein Krieg gegen die Arbeiter: Massenentlassungen, Angriff auf den Arbeitstag, auf Arbeitsrechte, Renten und Löhne. Es ist ein Krieg gegen unsere Kinder, die sie ins Schlachtfeld zwingen wollen, gegen die Ärmsten der Armen, egal ob mit oder ohne deutschen Pass.

Wir brauchen einen Betriebsrat, der den Unterschied zwischen Oben und Unten kennt. Was wir nicht brauchen, sind die Schoßhündchen, die sich vom Kapitalisten füttern und hätscheln lassen.

Keine Mauscheleien und Geheimverhandlungen, wenn es z.B. um Entlassungen geht. Über unsere und die Existenz unserer Familien gibt es nichts zu verhandeln. Da gibt es nur eine klare Antwort: Klasse gegen Klasse – Streik!

Wir brauchen einen Betriebsrat, der ohne Wenn und Aber gegen den Krieg der deutschen Monopole und ihrer kriegsführenden Regierung eintritt, der jeden Krieg gegen die Völker und Arbeiter entschieden ablehnt und jede Kriegsproduktion verneint. Wir wählen nur Betriebsräte, die dafür eintreten: „Arbeiter schießen nicht auf Arbeiter“ - kein Sohn unserer Klasse wird Soldat einer deutschen Armee. Wir Arbeiter haben gegen die Merz-Regierung und ihren Kriegskurs zu marschieren: „Nie wieder Krieg und Faschismus“ von deutschem Boden aus - der Frieden ist ROT. Nur wer dafür eintritt, hat unsere Stimme!

Wir brauchen einen Betriebsrat, dem der Kumpel in Brasilien oder Südafrika tausendmal näher steht, als die Figuren aus den Konzernzentralen, die uns, um ihren Profit zu retten, in die Schlacht gegen die Arbeiter anderer Länder schicken.

Wir brauchen einen Betriebsrat, der laut und deutlich Nein sagt zur Spaltung unserer Klasse, sei es durch die Ausspielung einzelner Belegschaften gegeneinander, sei es durch die sogenannte Leiharbeit oder durch rassistisches Auseinanderdividieren. Gewählt wird nur, wer ohne Wenn und Aber für die Einheit der Klasse eintritt. Rassisten, Militaristen und Faschisten haben weder in den Betriebsräten noch in den Werkshallen was zu suchen!

Keine Stimme den AfD-Kandidaten und den Militaristen, in welchem Gewand sie auch immer daherkommen. Keine Stimme den Karrieristen, denen es nur darum geht, sich den Arsch am Schreibtisch platt zu sitzen, um bloß nicht am Band stehen zu müssen.

Daran haben wir die Kandidaten zu messen und nicht an schönen Worten und Fotos. Gebt nur denen aus Euren Reihen die Stimme, die durch ihr Tun bewiesen haben, dass sie auf der Seite der Arbeiter stehen und die bereit sind, immer und überall Rechenschaft abzulegen.

*aus der Plenartagung des Zentralkomitees
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD
Dezember 2025*